



Deutsche Umwelthilfe



BDE

Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband

ROSSMANN



26. November 2020

Offener Brief an Bundesumweltministerin Svenja Schulze, Bundesjustizministerin Christine Lambrecht und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier

Illegalen Import über Online-Marktplätze stoppen

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Schulze,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Lambrecht,
sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

durch den Boom des Online-Handels in Folge der Corona-Krise verschärft sich der unfaire Wettbewerb zwischen Einzelhändlern und Online-Marktplätzen drastisch.¹ So werden über virtuelle Verkaufsplattformen wie Amazon, Ebay oder Wish massenweise Produkte nach Deutschland verkauft, die nicht die geltenden Vorgaben zum Umwelt- und Verbraucherschutz einhalten.² Gleichzeitig kann nicht wirksam gegen die aus dem außereuropäischen Ausland illegal agierenden Anbieter vorgegangen werden, da auch die Plattformbetreiber bislang nicht rechtlich verantwortlich für die bei ihnen angebotenen Produkte sind. Diese Gesetzeslücke bedroht die Existenz vieler Händler und gefährdet die Umwelt sowie Verbraucherinnen und Verbraucher.

Über die Marktplätze vertriebene Fälschungen sowie nicht rechtskonforme Produkte, wie etwa bei Elektronikartikeln, Kinderspielzeug, Kosmetikmitteln oder Autoteilen, stellen ein großes Sicherheitsrisiko dar und sind potenziell lebensgefährlich. Hinzu kommt, dass bei Batterien, Elektrogeräten und Verpackungen regelmäßig gesetzliche Vorschriften zur Rücknahme, Registrierung oder umweltgerechten Entsorgung nicht eingehalten werden. So umgehen die Anbieter die Zahlung von Entsorgungsbeiträgen, gefährden die Finanzierung funktionsfähiger Entsorgungsstrukturen und erhöhen die Kosten für Unternehmen, die sich an die gesetzlichen Vorschriften halten. Die OECD geht davon aus, dass jährlich alleine bis zu 920.000 Tonnen Elektrogeräte von sogenannten Trittbrettfahrern in der EU illegal in Verkehr gebracht werden.³ Zudem haben es Verbraucherinnen und Verbraucher vor allem bei Verkäufern aus dem außereuropäischen Ausland schwer, ihre Rechte bei Schäden, etwa einem Brand in Folge eines Kurzschlusses, durchzusetzen. Besonders problematisch hierbei ist, dass gerade über Online-Marktplätze häufig Produkte von niedriger Qualität, mit Sicherheitsschwachstellen oder hohen Schadstoffgehalten verkauft werden.⁴ Die Bundesnetzagentur als oberste deutsche Regulierungsbehörde ist daher der Ansicht, dass das in Deutschland praktizierte Geschäftsmodell solcher Plattformbetreiber in weiten Teilen nicht rechtskonform ist.²



Aus Sicht der unterzeichnenden Verbände sollte die Bundesregierung daher dringend festlegen, dass bei an deutsche Verbraucherinnen und Verbraucher verkauften Produkten für diese immer ein verantwortlicher Akteur greifbar ist. Die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) für die Novellierung des Elektro- und Verpackungsgesetzes vorgeschlagene „Prüfpflicht“ für Online-Marktplätze und Fulfillment-Dienstleister ist aus Sicht der unterzeichnenden Verbände eine Verbesserung zum Status Quo, greift jedoch zu kurz.^{5,6} Eine Prüfpflicht kann die vorhandene Gesetzeslücke nicht schließen, da im Schadensfall kein verantwortlicher Akteur in Deutschland festgelegt wird. Aus diesem Grund wurde bereits im deutschen Elektrogesetz von 2005 keine Prüfpflicht, sondern eine „Herstellerfiktion“ festgelegt, nach der Vertreiber, die Geräte von nicht registrierten Herstellern anbieten, selbst als Hersteller gelten. Zudem gilt die vom BMU vorgeschlagene Prüfpflicht nur für Elektrogeräte sowie Verpackungen und umfasst lediglich die ordnungsgemäße Registrierung der Hersteller, nicht jedoch Informations- und Rücknahmepflichten der Vertreiber oder die Konformität der Waren mit den EU-Produktsicherheitsbestimmungen. In Anlehnung an die in Frankreich bereits beschlossene „Herstellerfiktion“ für Online-Marktplätze fordern die unterzeichnenden Verbände folgende Maßnahmen:

- **Ist für Verbraucherinnen und Verbraucher kein anderer Akteur greifbar, müssen Online-Marktplätze und Fulfillment-Dienstleister die volle Verantwortung für die bei ihnen angebotenen Produkte übernehmen. Hierfür müssen Online-Marktplätze und Fulfillment-Dienstleister rechtlich als Akteur in der Lieferkette definiert werden – etwa als Vertreiber.**
- **Online-Marktplätzen und Fulfillment-Dienstleistern sind umfassende Sorgfaltspflichten für die bei ihnen angebotenen Produkte aufzuerlegen. Dies umfasst etwa die Prüfung, dass die Hersteller- und Vertreiberpflichten von den Anbietern eingehalten werden.**
- **Online-Marktplätze müssen die vollständigen Kontaktinformationen des Anbieters sowie bei Elektrogeräten, Batterien und Verpackungen die Registrierungsnummer des Herstellers auf der jeweiligen Produktwebseite angeben.**

Wir hoffen auf ein schnelles und entschiedenes Handeln der Bundesregierung. Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



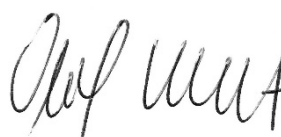
Barbara Metz
Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin
Deutsche Umwelthilfe (DUH)



Florian Schöne
Politischer Geschäftsführer
Deutscher Naturschutzring (DNR)



Peter Kurth
Geschäftsführender Präsident
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V. (BDE)



Olaf Bandt
Vorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND)



Leif Miller
Bundesgeschäftsführer Naturschutzbund
Deutschland (NABU)



Raoul Roßmann
Geschäftsführer Dirk Rossmann GmbH



Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer Germanwatch



Klaus Müller
Vorstand Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V. (vzbv)

Kontakt:

Philipp Sommer, Stellv. Leiter Kreislaufwirtschaft, Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)
030 2400867-462, sommer@duh.de

Florian Schöne, Politischer Geschäftsführer, Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)
030 6781775-99, florian.schoene@dnr.de

Bernhard Schodrowski, Leiter Kommunikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Bundesverband
der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. (BDE)
030 590 03 35-20, schodrowski@bde.de

Ansgar Kluge, Syndikusrechtsanwalt, Dirk Rossmann GmbH
05139 898-5433, ansgar.kluge@rossmann.de

Sascha Roth, Referent für Umweltpolitik, Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)
030 284984-1660, sascha.roth@nabu.de

Dr. Rolf Buschmann, Referent Technischer Umweltschutz, Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND)
030 27586-482, 0179 2191360, rolf.buschmann@bund.net

Johanna Sydow, Referentin für Ressourcenpolitik und IT-Branche, Germanwatch e.V.
030 2888356-91, sydow@germanwatch.org

Dr. Linn Selle, Referentin Team Büro Brüssel, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)
030 25800-435, linn.selle@vzbv.de

¹ Vergleiche:

<https://www.n-tv.de/wirtschaft/Amazon-wartet-mit-Rekordgewinn-auf-article22134632.html>

<https://www.bevh.org/presse/pressemitteilungen/details/e-commerce-schwung-haelt-an-online-handel-legt-im-3-quartal-2020-mit-einem-plus-von-133-prozent-im.html>

<https://www.tagesschau.de/inland/einzelhandel-wachstum-coronakrise-101.html>

(alle abgerufen am 9.11.2020).

² Bundesnetzagentur, 2020: Jahresbericht 2019, Seite 74, 75.

³ Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), 2018: "Extended Producer Responsibility (EPR) and the Impact of Online Sales".

⁴ Vergleiche:

Endnote 2

<https://www.which.co.uk/policy/consumers/5234/onlinemarketplaces>

<https://www.which.co.uk/news/2019/11/dangerous-toys-and-killer-car-seats-listed-for-sale-at-marketplaces-like-amazon-and-ebay/>

<https://kemi.taenk.dk/test/test-unwanted-chemicals-toys-ebay-amazon-and-wish>

<https://www.test-achats.be/hightech/gsm/news/chargeurs-usb-bon-marche-danger>

(alle abgerufen am 17.11.2020).

⁵ Öko-Institut, 2020: Pressemitteilung vom 14. Mai 2020 „Gesetzeslücke schließen für mehr Umweltschutz beim Online-Shopping“.

⁶ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), 2020: „Referentenentwurf für ein Erstes Gesetz zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes“ sowie „Referentenentwurf für ein Gesetz zur Umsetzung von Vorgaben der Einwegkunststoffrichtlinie und der Abfallrahmenrichtlinie im Verpackungsgesetz und in anderen Gesetzen“.